

ANTRAG

der Fraktion der NPD

Schluss mit Gesinnungsschnüffelei und Denunziantentum in Mecklenburg-Vorpommern!

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird verpflichtet, der ausufernden Gesinnungsschnüffelei und dem um sich greifenden Denunziantentum im Land Mecklenburg-Vorpommern einen Riegel vorzuschieben. Entsprechende Richtlinien und Empfehlungen zur Ausgrenzung Andersdenkender durch Gesinnungsüberprüfung, die inzwischen weite Teile des öffentlichen Lebens umfassen, werden zurückgezogen.

Udo Pastörs und Fraktion

Begründung:

Die staatlich geförderte Gesinnungsschnüffelei und das Denunziantentum im Land haben zwischenzeitlich ein unerträgliches Maß angenommen. Gefördert und unterstützt durch die Landesregierung von Mecklenburg-Vorpommern reicht heute bereits der geringste Verdacht aus, einer Person, die eine missliebige Meinung vertritt, auch nur nahe zu stehen, um im öffentlichen Leben gebrandmarkt zu werden. Selbst Ehe- oder Lebenspartner von nationalen Aktivisten, ja selbst deren Kinder, werden in diesem Land bereits in geistige Sippenhaft genommen und in Beruf und Schule stigmatisiert, benachteiligt und ausgegrenzt. Immer mehr staatliche Institutionen führen bei ihren Mitarbeitern Gesinnungsüberprüfungen durch. Dies wird vom Innenminister regelrecht eingefordert. Diese ausufernde Gesinnungsschnüffelei wirkt sich in vielen Fällen wie ein ansonsten unzulässiges Berufsverbot aus. Diese Vorgehensweise gleicht in erschreckender Art und Weise dem DDR-Unrechtssystem, das gerade im Land Mecklenburg-Vorpommern noch in ungueter Erinnerung ist.